SAZ DIE LINKE. STADTVERBAND SUHL
Suhler Andere Zeitung
Monatsumschau für Links- und Querdenker
24. Jahrgang / Nr. 03
März 2015
Preis: eine Spende
Nummer: 275
Suhl – Stadt des Friedens seit 1991

Bürgergespräch zum Erstaufnahmelager in Suhl

Mehr als 100 Einwohnerinnen und Einwohner nahmen am Bürgergespräch teil

Am 17. Februar wurden die Bürgergespräche auf dem Friedberg fortgesetzt. Die Veranstaltung war mit Minister Lauinger, OB Dr. Triebel und weiteren Verantwortlichen für Ausländerpolitik und -beratung kompetent besetzt. Der Abend begann mit der Beantwortung von Bürgerfragen aus dem vorangegangenen Dialog im Simsonsaal des CCS. Minister Lauinger versicherte zunächst die feste Absicht der Regierung, auch Fragen der Flüchtlingspolitik nicht von „oben“ zu entscheiden, sondern mit den Bürgerinnen und Bürgern zu beraten. Grundsätzlich stellte er fest: Das Suhler Aufnahmelager sei weder ein Provisorium noch wird die Zahl der Aufnahmen zukünftig weiter erhöht. Bis 31. März soll neben Eisenberg und Suhl eine dritte Unterbringungsmöglichkeit in Thüringen gefunden werden. Für 2015 werden in Suhl mindestens 6000 Flüchtlinge erwartet. Die Verweildauer betrage im Durchschnitt drei Monate. Die Suhler Polizei teilte mit, dass es im Asylbewerberheim 2014 insgesamt 38 bis 40 Straftaten gegeben habe. In der Mehrheit betrifft das innere Differenzen zwischen verschiedenen Gruppen bzw. Nationalitäten oder zwischen Flüchtlingen und den Sicherheitskräften. Auch einige Fälle aus der Vergangenheit wurden noch einmal sachlich erläutert. Anhand gesetzlich festgelegter Beträge zum Lebensunterhalt wurden die Gerüchte über völlig aus der Luft gegriffene Geld- und Sachzuwendungen an Asylbewerber zurückgewiesen. Ein Betrag von 143.- Euro für eine alleinstehende Person liegt noch beträchtlich unter dem für Hartz-IV-Empfänger. Zur normalen Gestaltung des Verhältnisses zwischen Suhlern und Asylbewerbern wurden in der Diskussion zahlreiche Vorschläge gemacht. Das wichtigste scheint darin zu bestehen, den Ankömmlingen in der Stadt freundlich und aufgeschlossen zu begegnen. Wer lächelt bekommt auch ein Lächeln zurück. Gebraucht werden noch viele Personen, die für 2-3 Stunden der Woche die Arbeit eines Integrationsbegleiters übernehmen. Überhaupt sind persönliche Kontakte am besten geeignet, Vorurteile abzubauen. Auch die häufig belastende Situation im Busverkehr zum Stadtzentrum spielte in der Diskussion eine große Rolle. Viel Entlastung für die Busfahrer bedeute bereits das Aufstellen eines Fahrkartenautomats, denn Geldwechsel beim Einsteigen verlängert die Haltezeiten und bringt die Fahrpläne durcheinander.

Sicher sind noch nicht alle Probleme gelöst. Das Gespräch hat aber gezeigt , dass die mit der Einrichtung eines Erstaufnahmeheimes verbundenen Herausforderungen an die Stadt gemeistert werden können. Wer allerdings davon ausgeht, dass sich Menschen aus anderen Ländern in zwei – drei Monaten in eine neue Lebenskultur eingewöhnen können, der irrt.

- KaWa -

Das Grundübel

Überall in der Welt ist davon die Rede, es gebe zu wenig Geld, um die großen Probleme der Menschen auf allen Kontinenten zu lösen – in Afrika z.B. für die Ebola-Bekämpfung und den Bau von Schulen, Krankenhäusern und Betrieben, in Asien für die Bekämpfung von Hungersnöten und der Folgen von Naturkatastrophen und selbst im reichen Deutschland, um Gemeinden und Städte mit den notwendigen Finanzen auszustatten. Doch Irrtum! Die Welt ist offensichtlich reich genug, um die anstehenden Probleme zu lösen. Fragt sich nur, wo das notwendige Geld steckt. Das reichste Prozent der Weltbevölkerung wird – nach zuverlässigen Untersuchungen – im Jahre 2016 die Hälfte des weltweiten Vermögens besitzen. Und die maßlose Skrupellosigkeit der Leute, die zu jener Menschengruppe gehören, verändert dieses Missverhältnis Jahr für Jahr weiter zu ihren Gunsten. Nicht nur die finanzielle Misswirtschaft ehemaliger griechischer Regierungen ist heute anzuprangern. Gleiches geschieht doch alle Tage in aller Welt. Zwischen 2009 und 2014 z.B. verdoppelten die 80 Reichsten der Welt ihr Vermögen. Etwa durch eigener Hände Arbeit? Finanz- und Versicherungskonzerne geben heute allein Hunderte Millionen für die Lobbytätigkeit in Washington und Brüssel aus. Gibt es da nicht eine UNO und eine EU, die wohl Einiges dabei tun könnten, um dieses Übel an der Wurzel zu bekämpfen? Aber die EU hat ja nur über 30 000 Mitarbeiter, da fehlt's augenscheinlich an Leuten für solche Aufgaben...

– OLD LONG –

Die stabilisierte Mitte – rechtsextremistische Einstellungen in Deutschland 2014

Johannes Kiess, ein junger und engagierter Wissenschaftler, weist nach: Der Rechtsextremismus gehört gegenwärtig bereits zur Mitte der Gesellschaft.

Unmittelbar nach der Protestkundgebung „Nosügida“ am 09. Februar und parallel zum Einwohnergespräch mit Ministerpräsident Bodo Ramelow und Suhls Oberbürgermeister Dr. Jens Triebel hatten die Rosa Luxemburg Stiftung Thüringen und das Gesprächsforum alternativ zu einer Diskussionsveranstaltung über den Rechtsextremismus in Deutschland eingeladen. Referent und Gesprächspartner war an diesem Abend Johannes Kies von den Universitäten Siegen und Leipzig. Er gehört zu einer Forschungsgruppe, die regelmäßig über rechtsextremistische Einstellungen in Deutschland informiert. In seinem Beitrag präsentierte er zunächst anschaulich eine Reihe von Zahlen über Umfang und Dimensionen des Rechtsextremismus sowie deren Verbreitung in Deutschland. Nicht unbedingt überraschend aber dennoch erschreckend: Rechtsextremistische Einstellungen wurden in allen Bevölkerungsschichten nachgewiesen. Jeder fünfte Deutsche war 2014 ausländerfeindlich. Die zweithöchsten Zustimmungswerte erreichen mit 13,6 Prozent chauvinistische Aussagen, fünf Prozent der Deutschen sind antisemitisch eingestellt. Zu den Dimensionen rechtsextremistischer Einstellungen zählte der Referent weiterhin: Befürwortung einer Diktatur, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Besonders signifikant ist, dass Befragte mit Abitur den Dimensionen des Rechtsextremismus-Fragebogens seltener zustimmen als Personen mit einem niedrigeren formalen Bildungsabschluss. So sind z.B. 6,8 Prozent der Menschen mit Abitur, aber 20,8 Prozent ohne Abitur ausländerfeindlich eingestellt.

Rechtsextremismus ist, wie häufig noch behauptet wird, keine Randerscheinung der Gesellschaft in Deutschland, sondern bereits in der Mitte der Gesellschaft verankert. Rechtsextreme Positionen sind bei den Anhängern aller politischen Parteien nachweisbar, auch bei CDU und SPD. Übrigens auch bei der Linken. Allerdings fällt auf, so Johannes Kiess, dass die größte Anziehungskraft zu rechtsextremistischen Positionen bei den Wählern der AfD und der Republikaner zu finden ist. Er wies auch darauf hin, dass insbesondere die Ausländerfeindlichkeit im Osten Deutschlands stärker ausgeprägt ist. Offensichtlich ist es so, dass dort wo weniger Migrantinnen und Migranten leben, die Diskriminierung von „Ausländern“ stärker verbreitet ist. Ein enger und häufiger Kontakt mit Menschen aus dem Ausland verhindert also Vorurteile.

In dem anschließenden Gespräch zum Thema wurden zahlreiche Fragen aufgeworfen und beantwortet. Sie betrafen die Zuverlässigkeit soziologischer Befragungen, zu der Johannes Kies nachweisen konnte, dass die Soziologie inzwischen ziemlich sichere Befragungsmethoden entwickelt hat. Selbst Wahlprognosen liegen relativ nahe bei den tatsächlichen Wahlergebnissen. Es wurden prinzipielle Kritiken zur Politik der Parteien in Deutschland und zum Zustand der Demokratie geäußert. Politiker würden den Menschen nicht mehr zuhören und deshalb am Volk vorbei regieren. Die Flucht von Menschen aus ihren Heimatländern werde in vielen Fällen durch Kriege verursacht. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit einer viel stärkeren Friedensbewegung. Die Außenpolitik müsse Kriege verhindern und Frieden schaffen. Mit Waffenexporten könne dieses Ziel aber nicht verwirklicht werden.

Was die Ursachen des Rechtsextremismus betrifft, so verweist das von Johannes Kiess vertretene Team von Wissenschaftlern auf einen sogenannten „sekundären Autoritarismus“. Damit wird die Rolle der Wirtschaft angesprochen, die in Deutschland so etwas wie eine nicht hinterfragbare Autorität geworden ist. Ihr müsse man sich unterordnen und das produziere Aggressionen, die sich dann gegen Abweichende oder Schwächere richten.

Der anregende und interessante Abend endete mit einem Versprechen zur Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Johannes Kiess.

– K. Walther –

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag, **Preis:** eine Spende
Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl
Tel./Fax: 03681/308158; www.die-linke-suhl.de
e-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de
IBAN DE59 8405 0000 1750 0715;
BIC HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl
V.i.S.P.: Dr. K. Walther, Würzburger Straße 48 • 98529 Suhl
Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen
Redaktionsschluss unserer April-Ausgabe 2015 ist am 26.03.2015.

Die SAZ nach dem Lesen bitte weitergeben!

LIVE AUS DEM LANDTAG

Aus der Arbeit unserer Landtagsabgeordneten
Ina Leukefeld

Pilotprojekt öffentlich geförderte Beschäftigung für Thüringen

Zu den aktuellen Arbeitsmarktzahlen in Thüringen und dem Anstieg der Arbeitslosenzahlen auf 98.600 Arbeitslose erklärt Ina Leukefeld: „Ein Grund für diese Entwicklung ist wohl vor allem das Auslaufen von Förderinstrumenten und Maßnahmen sowie das Absenken finanzieller Zuwendungen der Arbeitsagenturen und Jobcenter. Es sind deutlich weniger Menschen in geförderten Beschäftigungsmaßnahmen, wie der Bürgerarbeit, tätig.“ Waren es im Januar des vergangenen Jahres noch 4.411 Personen, seien es nun nur noch 2.676. Über die Bürgerarbeit waren in Thüringen über drei Jahre insgesamt mehr als 2.300 Menschen in Arbeit. Allerdings ist dieses Bundesprojekt nun ersatzlos ausgelaufen, kritisiert Leukefeld.

Vergleicht man die Zahlen der tatsächlichen Arbeitslosigkeit in Thüringen von Dezember 2014 zu Januar 2015, so fällt auf, dass die Anzahl der Erwerbslosen, die wegen ihres Einsatzes in Maßnahmen, Weiterbildungen oder Qualifizierungen sowie wegen Übergang in Selbständigkeit nicht als Arbeitslose gezählt werden und deshalb nicht in der Statistik erfasst sind, um etwa 6.000 gesunken ist. Im gleichen Zeitraum ist jedoch die reale Arbeitslosigkeit insgesamt um etwa 8.000 Personen gestiegen. Diese Entwicklung zeigt deutlich, dass dringender Bedarf an Qualifizierung und Beschäftigung besteht: „Es bestärkt uns umso mehr, dass neue Instrumente bei der öffentlich geförderten Beschäftigung dringend notwendig sind. Das hilft nicht nur den Betroffenen und verhindert Armut, sondern hat auch Auswirkung auf die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften in Thüringen, die ebenfalls wieder angestiegen ist.“ Auch diese Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften beunruhigt Frau Leukefeld: „Ihr Anstieg in Thüringen auf insgesamt 100.818 (Zuwachs von 628 Bedarfsgemeinschaften zum Vormonat) zeigt, dass die Abhängigkeit von Hartz IV für viele Menschen wieder zugenommen hat.“

Ina Leukefeld verweist in diesem Zusammenhang auf das im Koalitionsvertrag verankerte Vorhaben, verstärkt in öffentlich geförderte Beschäftigung zu investieren, die auch vom Regionalchef der Agentur für Arbeit unterstützt wird.

„Es wäre ein Pilotprojekt, alle Mittel, die für die Finanzierung von Arbeitslosigkeit eingesetzt werden, so zusammenzulegen, dass für den einzelnen Langzeitarbeitslosen ein guter Lohn für geleistete Arbeit gezahlt werden kann. So würde dringend notwendige Arbeit in den Kommunen geleistet und Menschen, die auf dem so genannten ersten Arbeitsmarkt keine Chance mehr haben, eine neue Perspektive ermöglicht. Es ist allemal besser, Arbeit zu finanzieren statt Arbeitslosigkeit“, so Frau Leukefeld abschließend.

GEDENK-VERANSTALTUNGEN

zur Erinnerung an die im Kampf für die Erhaltung der jungen Demokratie gegen den Kapp-Putsch gefallenen Märzkämpfer

Zella-Mehlis:
So. dem 15. März, um 10.00 auf dem ehemaligen Mehliser Friedhof, (Parkanlage an der Hauptstrasse)
Es spricht:
Ina Leukefeld (DIE LINKE), Abgeordnete des Thüringer Landtages.

Suhl:
Am Sa., dem 14.03.2015, 10.00
Altes Rathaus
Es spricht ein Vertreter der SPD

Im Auftrag der Veranstalter
Elke Pudszuhn /D. Schmidt

Im Suhler Erstaufnahmeheim befinden sich inzwischen viele Familien mit Kindern. Ein Spielzimmer soll eingerichtet werden, es ist aber noch nicht fertig. Was sollen die Kinder den ganzen Tag tun, fragten sich die Frauen der AG Kinder und des Seniorenstammtisches. Sie krempelten die Ärmel hoch und organisierten kurzerhand eine Kinderbetreuung, die mittlerweile 14-tägig durchgeführt und toll angenommen wird.
Sport, Spiele und Basteln, gespickt mit kleinen kulinarischen Überraschungen erwarten nun die Kinder in der Turnhalle auf dem Friedberg. Und sie sind begeistert.
Gelebte Solidarität – leise, bescheiden, von vielen unbeachtet, doch so voller Herzenswärme – DANKE an alle Suhler Frauen und Männer, die inzwischen mitmischen bei der Betreuung der Kinder.

– Ilona Burandt –

Disput zu Freihandelsverträgen mit USA und Kanada

von links: Dr. Hans Arway (Koordinierungsgruppe), Dr. Ralf Pieterwas (HGS der IHK Südthüringen), MdB Ralph Lenkert (DIE LINKE), Hartmuth Röser (Abteilungsleiter der IHK Südthüringen)

Die Koordinierungsgruppe Suhler Vereine und Verbände organisierte ein öffentliches Streitgespräch zu den geplanten Freihandelsverträgen mit den USA und Kanada. Kontrahenten waren der Bundestagsabgeordnete der LINKEN Ralph Lenkert und der Geschäftsführer der IHK Südthüringen Ralf Pieterwas, der seinen Abteilungsleiter für Internationales Hartmuth Röser mitgebracht hatte. Sowohl Lenkert als auch Röser erwiesen sich als versierte Wirtschaftsfachleute, die dennoch zu ganz unterschiedlichen Einschätzungen des Standes der Verhandlungen zwischen den USA und der EU zum Freihandel gekommen waren. Das mag den einen oder anderen etwas verunsichert haben. Sollte das der Fall gewesen sein, so kann man auf eine Vielzahl von Veröffentlichungen zum Thema verweisen, um seine Entscheidung zu festigen. Wer genau hinhörte, konnte in beiden Statements Kritiken am Abkommen feststellen, auch wenn sie bei den Vertretern der IHK nur als Randbemerkungen auftauchten. Wenn die Vertreter der IHK allerdings der Meinung waren, sie vertreten den Standpunkt der Wirtschaft Südthüringens, so muss das auf jeden Fall erst einmal in Frage gestellt werden. Die Wirtschaft einer Region ist auf jeden Fall mehr als die Summe ihrer Unternehmer. Zu allen Unternehmen gehören auch Beschäftigte, und Wirtschaftskompetenz wurde inzwischen auch von den Gewerkschaften und ihren Vertretungen entwickelt. Und in diesen Bereichen mit Wirtschaftskompetenz und bei vielen Nichtregierungsorganisationen überwiegen ganz eindeutig die Ablehnungen und Warnungen. So lehnen die beiden größten Gewerkschaften (IG Metall und VERDI) die in Arbeit befindlichen Abkommen strikt ab. Zur Europäischen Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA gehören allein 68 Nichtregierungsorganisationen (NGO). Lenkert vertrat zwar die Auffassung der Partei DIE LINKE, aber er konnte sich dabei auch auf eine breite und noch immer anwachsende Protestbewegung stützen. Auch heute reicht die Transparenz der Verhandlungen nicht aus. In deutscher Sprache kann man die Ergebnisse bis heute nicht nachlesen und die Gefahren des Abkommens ergeben sich , wie Ralph Lenkert an vielen Beispielen nachwies, nicht nur aus unzähligen Lücken in den vorliegenden Teilen des Vertragstextes, sondern vor allem aus den großen Gefahren für die Demokratie und für die Sozial- und Umweltpolitik. Ralph Lenkert wies auch darauf hin, dass zahlreiche als notwendig bezeichnete Vereinbarungen ganz einfach und unbürokratisch geregelt werden könnten, ohne ein monströses Vertragswerk mit zig Fallen zu entwickeln. Entscheidend ist der Vertragstext und nicht die Beteuerung, wie man den Text zu interpretieren gedenke. So sei es nach Ansicht der IHK nicht vorgesehen, durch das Freihandelsabkommen mit den USA die öffentliche Daseinsvorsorge weiter zu privatisieren. Der Vertragstext schließt das aber keineswegs ausdrücklich aus. Auftragsvergaben müssten für beide Seiten offen sein. Von den Gewerkschaften erstrittene Rechte geraten in Gefahr und Qualitätsstandards im Handwerk könnten so außer Kraft gesetzt werden.

Wer also die Proteste unterstützt, befindet sich auf jeden Fall auf der richtigen Seite. Er sorgt dafür, dass Vereinbarungen Punkt für Punkt und Paragraph für Paragraph abgeklopft werden müssen. Noch besser: Eindeutige Verbesserungen für die Konsumenten und die Produzenten, Zollfreiheit und Maßnahmen zur Standardisierung sollten durch unkomplizierte Verträge geregelt werden, deren Einhaltung durch ordentliche Gerichte überprüfbar sein können. Außerdem wirft die bis heute stark eingeschränkte Transparenz kein gutes Licht auf die Absichten derjenigen, die da hinter verschlossenen Türen verhandeln. –KAWA –

Protest gegen CETA, TTIP und TISA in Berlin

Interview mit Philipp Weltzien, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Suhler Stadtrat

SAZ: Welche Eindrücke hat der Fraktionsvorsitzende der Linken von der Sitzung des Suhler Stadtrates im Februar?

Philipp Weltzien: Ich sehe den Mittwoch im Februar vor allem kritisch. Und das deshalb, weil bei der Zustimmung zum Abriss von Wohnblöcken in Suhl-Nord – Dörrenberg- und Böhmerbergstrasse - wieder einmal vernünftige politische Ziele der Stadtpolitik den unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen städtischer Unternehmen untergeordnet wurden. Der Abriss von Wohnungen ist etwas Endgültiges. Neubauwohnungen in Zentrumsnähe sind teuer und nicht für alle Menschen erschwinglich. Deshalb muss die Stadt immer wieder neu überlegen, welche Veränderungen in der demographischen Entwicklung eintreten und wie der Bedarf an bezahlbaren Wohnungen heute und in Zukunft gesichert ist. Diese Frage sollte bis März in den Fraktionen und schließlich im Ausschuss für Stadtentwicklung noch einmal beraten werden, bevor über bestimmte Abrissvorhaben endgültig beschlossen wird. Das ist aber erst einmal gescheitert. Der Stadtrat hat sich mehrheitlich der angedrohten Klage auf Schadenersatz durch die Geschäftsführung der AWG gebeugt, die im Übrigen auch fand, dass Mieter keinen Anspruch auf rechtzeitige Beratung erheben können. Leider sind auch Teile der Linksfraktion den Argumenten des Herrn Brösicke gefolgt.

SAZ: Thüringen hat eine neue Regierung. Ist davon schon etwas im Suhler Stadtrat zu spüren?

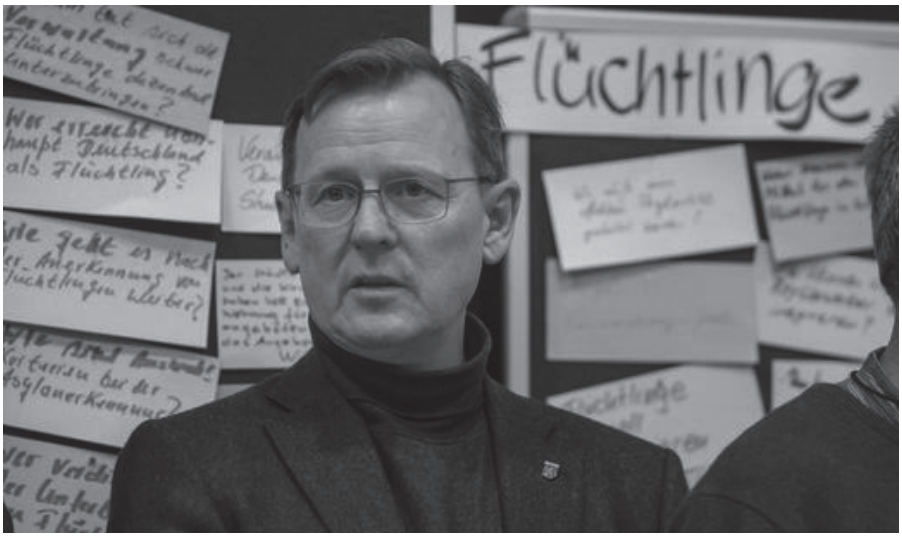
Philipp Weltzien: Wenn damit finanzielle Verbesserungen oder konkrete Reformen gemeint sind, so wäre es wohl zu viel verlangt, nach zwei Monaten bereits große Veränderungen nennen zu können. Auf jeden Fall kann man sagen, dass sowohl der Ministerpräsident, Bodo Ramelow, als auch die Mitglieder der Regierung den Kontakt und das Gespräch mit der Bevölkerung und dem Stadtrat in Suhl suchen. Natürlich haben wir auch die Hoffnung, dass wir bei den neuen Diskussionen über das Haushaltssicherungskonzept (HSK) noch diesen oder jenen harten Einschnitt vermeiden können. Außerdem erwarten wir die Einrichtung einer eigenen und selbständigen Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge in Suhl mit einer besseren personellen Ausstattung.

Wir spüren in der Stadt aber auch wesentliche Veränderungen in der Rolle der CDU, die sich bereits seit der Diskussion um das HSK bemerkbar machten. Seither entzieht sich die CDU mehr und mehr der Zusammenarbeit mit anderen Stadtratsfraktionen und übt sich in Opposition. Einsparungen im Stadthaushalt sollten beinahe ausschließlich durch Sparen in der Stadtverwaltung erzielt werden. Hier wurden sogar Kürzungen um 50 Prozent ins Gespräch gebracht. Und das obwohl es hier ganz offensichtlich schon heute an Fachkräften fehlt. Bürgermeister Klaus Lamprecht (DIE LINKE) weist in einem Artikel in Freies Wort ausdrücklich auf dieses Problem im Zusammenhang mit der Erarbeitung eines Sportstättenentwicklungsplanes hin. Entweder die Stadt hat das Personal für eine solche Aufgabe oder sie müsste sich ein solches Konzept für viel Geld – das die Stadt nicht hat – einkaufen.

Eine spürbare Veränderung zeigt sich also in der stärkeren oppositionellen und populistischen Orientierung der CDU auf kommunaler Ebene.

SAZ: Bis zum Zeitpunkt dieses Interviews gab es fünf Demonstrationen der von Rechtsextremisten organisierten und dominierten Sügida-Bewegung und parallel fünf Demos unter dem Motto „Suhl bleibt bunt!“ Wie geht das weiter?

Philipp Weltzien: Nachdem es schon Unmut unter der Bevölkerung aufgrund der montäglichen Straßensperrungen im Zentrum gibt, wird der Hauptausschuss des Stadtrates über den weiteren Umgang mit Sügida-Demos beraten. Anzeichen für die Spaltung der Pegida-Bewegung gibt es ja bereits. Massenaufmärsche im Stadtzentrum von Rechtsextremisten aus anderen Städten und Regionen können schließlich nicht auf Dauer weitergeführt werden. Ich setze auf die breite Entwicklung des Bürgerdialogs mit einem Konsens zum demokratischen Charakter der Aussprachen. Dabei sollte großer Wert auf die Erprobung neuer praktischer Formate für das Gespräch mit den Einwohnerinnen und Einwohnern unserer Stadt gelegt werden, vielleicht mit einer thematischen Spezialisierung.



Ministerpräsident Bodo Ramelow beim Bürgerdialog im überfüllten Simsonsaal des Suhler CCS.

„Ich möchte erinnern...“

aus der Rede von Heidemarie Schwalbe zum Gedenktag an die Opfer

Im Namen des Thüringer Verbandes der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschisten/Ortsgruppe Suhl möchte ich erinnern...

an die 66 von deutschen Faschisten ermordeten Menschen aus Suhl, für die Konzentrationslager der Nazis die Hölle auf Erden oder die Endstation wurden. Für Mutter Goldmann aus der Kaleysstraße war es Theresienstadt, für Käte Sander aus dem Steinweg Westerbork und Sobibor, für Friedrich Fritz aus Albrechts war es Flossenbürg, für Ella Ziegler aus dem Amtmannsweg Auschwitz... Keiner wird vergessen!

Die Tafel und Stolpersteine erinnern an sie. Im Abschiedsbrief von Minna Recknagel, der ersten Frau im Suhler Stadtrat, und ihrem Ehemann Emil Recknagel an ihre beiden Kinder heißt es: „...ihr braucht euch nicht zu schämen, wir sterben unschuldig. Wir werden gerächt. Wir sind die unzähligen Opfer des Faschismus.“

Ich möchte erinnern an Adolf Anschütz, einen von 28 Frauen und Männern, die in Suhl und Umgebung im Widerstand gegen Faschismus und Krieg ihr Leben ließen.

In den 1930er Jahren gehörten etwa 150 Suhler zur jüdischen Gemeinde. Viele Schicksale sind uns inzwischen durch die Forschungen von Hans Nothnagel, Ewald Dähn und Schülern unseres Gymnasiums bekannt. Mit der letzten Deportation von Suhler Juden im September 1942 hörte die jüdische Gemeinde Suhl mit Heinrichs auf zu existieren. Stolpersteine erinnern an diese Bürger unserer Stadt, und es gibt Verbindungen zu Nachfahren in Israel, in den USA, in Holland, Australien, England.

Einige besuchten die Heimatstadt ihrer Eltern bzw. Großeltern. Die Familie Sander, die im Rokokohaus wohnte, ist eine der Familien. Sie betrieben eine Lederwarenhandlung dort. Meta Sander war die Vorsitzende des israelitischen Frauenvereins, half vielen Bekannten, wenn sie in Nöten waren, bezahlte Arztrechnungen, stand ihnen in schwierigen Situationen bei. Am Freitag bei Sonnenuntergang, nachdem die jüdischen Familien Barches beim Bäcker Willing im Steinweg geholt hatten, begann der Schabbes. Helen Sander, die Tochter von Meta und Isidor Sander erzählte mir, dass am Samstag der Synagogenbesuch besonders schön war. Die Kinder durften auf den umstehenden Kirschbäumen klettern bis die Erwachsenen wieder herauskamen und dann wurde gegessen und auch getanzt.

Es wäre vielleicht heute noch so, wenn nicht 1933 Hitler Reichkanzler geworden wäre und schon sehr bald der „Führer“. Wenn nicht auch in Suhl Judenhass geschürt worden wäre, keine Arisierungen stattgefunden hätten und die Synagogen nicht gebrannt hätten....auch die Suhler Synagoge brannte. Vorhin war ich noch schnell dort, ein Licht anzünden...eine stille Mahnwache für die von diesem Ort aus Deportierten im Mai und September 1942. 2015 – 73 Jahre später erschallt auf dem Platz der dt. Einheit die Stimme eines Greizer NPD Funktionärs, die brüllend fragt: „Wollt ihr...?“, marschieren Menschen in unserer Stadt, unter ihnen Vertreter der Auschwitzlüge, Worte benutzend wie „Lügenpresse“ und „Volksverräter“...und wir standen und stehen ein paar 100 Meter entfernt und mahnen an, Rassismus keine Chance zu geben.

Wir – über die im Internet gepostet wird: ...rein mit ihnen in die waggons und ab...bringen wir sie um.... vergesst den schlagring nicht.

In unserer Stadt leben seit dem Sommer Flüchtlinge. Gegen die Schwächsten wird nun Stimmung gemacht. Mensch braucht wieder einen Sündenbock...

Pegida ist eine Mischung aus Rechtsradikalen, Zuwanderungsgegnern und Menschen, die sich an den sozialen Rand gedrängt fühlen.

Ja, wir sollten die Sorgen und Nöte derer ernst nehmen, die nicht dem neonazistischen Spektrum zuzuordnen sind. Einwanderungspolitik wird vermutlich das wichtigste Thema des kommenden Jahrzehnts werden.

Aber, es muss auch gesagt werden:

wer mit bekennenden Rechtsradikalen und bekannten Neonazis auf die Straße geht, macht sich mit deren Sache gemein!

Pegida!

Und noch schlimmer Sügida...wir wollen euch hier nicht!

Nie wieder Faschismus Nie wieder Krieg!!!

Viel reicher als gedacht!

Die reichsten Menschen in Deutschland besitzen bis zu drei Billionen EURO mehr als bisher angenommen.

Die Superreichen vereinen auf sich nicht, wie bisher angenommen, 20 Prozent sondern 31 bis 34 Prozent des gesamten Ver-mögens in Deutschland.

Das reichste Tausendstel der Bevölkerung besitzt zwischen 14 und 16 Prozent.

Die Liste des deutschen Geldadels wird immer länger:
2002 gab es 34 deutsche Dollarmilliardäre, 2012 waren es 55.
Diese besitzen zusammen 230 Milliarden Euro.

Aus „neues deutschland“ vom 10.02.2015

Wir gedenken der Widerstandskämpfer gegen Faschismus und Krieg in der Suhler Region

Februar/März 2015

Heinrich Schnabel	**Suhl**	**140. Geburtstag**
Franz Werner	**Suhl**	**30. Todestag**
Otto Endter	**Albrechts**	**110. Geburtstag**
Erich Klett	**Suhl**	**110. Geburtstag**
Louis Recknagel	**Albrechts**	**120. Geburtstag**
Fritz Schlott	**Suhl**	**10. Todestag**

– TVVN / BdA - DS –

Zum 8. Mal in Suhl: Tatjana Kuschtewskaja am 06. März 2015, 19.00 Uhr im Hotel „Thüringen“ – Eintritt frei –

Es lädt ein: Deutsch-russische Freundschaftsgesellschaft Thür. Ortsgruppe Suhl

Die russische Schriftstellerin liest aus ihren neuen Büchern: **„Der Jennisei – ein sibirischer Strom“**: Geschichte und Geschichten von seinen Quellflüssen bis zum Polarmeer“. Hier fährt sie mit ihren Leserinnen den Jenissei bis zu seiner Mündung in die Karasee hinunter und besingt die herrliche Landschaft. Sie macht uns bekannt mit den kleinen Völkern und Völkerschaften, die seit Jahrhunderten an den Ufern des Flusses siedeln.
und
„Zu Tisch bei Genies“ - Neue kulinarische Streifzüge durch die russische Literatur. In diesem Buch steht Tatjana Kuschtewskaja bei Alexander Puschkin am Herd, schaut in die Töpfe von Maxim Gorkij und nimmt Platz am Tisch von Fjodor Dostojewski. Denn die russischen Schriftsteller sind große Meister im Anrichten von Speisen.

Der Jennisei im Nebel

Späte Reue

Nun hat er sich also tüchtig Asche aufs Haupt gestreut, der „Sigi Pop“ von einst, heute eher bekannt als Bundeswirtschaftsminister und zusätzlich als SPD-Chef. Die Einführung von Hartz IV vor 10 Jahren durch die rot-grüne Bundesregierung sei ein Fehler gewesen. Nun sah Herr Gabriel sogar ein, dass es besser gewesen wäre, seine Genossen hätten schon damals auf die Einführung einer Lohnuntergrenze gedrungen, als Hartz IV aus dem Hut zu ziehen. Dass die PDS und später die Linken schon lange den Mindestlohn gefordert hatten, das konnte die Regierung ja auch gar nicht wissen, hielt sie sich doch in Richtung links immer fest beide Ohren zu. Gabriels Reue heute verdeckt nicht, dass Hartz IV den Druck auf die Löhne und zugleich riesige Exportüberschüsse aufbaute. Und was nun? Mitte 2014 lebten z.B. bereits 1.639 Millionen Kinder unter 15 Jahren in Hartz IV- Haushalten, und die Rede ist inzwischen von „vererbter Hilfsbedürftigkeit“, denn 642 000 Kinder leben schon seit mindestens vier Jahren unter dem Damoklesschwert Hartz IV. Höchste Zeit, den Grundfehler auszumerzen und etliche Missgriffe bei der Einführung des Mindestlohnes gleich mit, Herr Wirtschaftsminister!

– OLD LONG –

Fluch der Flucht

Als ich kürzlich in Suhl mit ein paar Franzosen ins Gespräch kam, sagten die mir auf den Kopf zu, dass ich aus Marseille stamme, der Dialekt sei typisch. Und der Name – übersetzt: Lange Garde – verrate das auch. Als ich zwinkernd zugab, eigentlich aus Paris zu stammen, aber dennoch ein waschechter ehemaliger DDR-Bürger zu sein, heute Bundesdeutscher, da lachten die drei. Allerdings, so korrigierte ich ein wenig das Ergebnis des „Verhörs“ insoweit, dass meine Vor-, Vorfahren nach der Bartholomäusnacht vom 23. zum 24. August 1572 in Paris die Seite gewechselt hätten und ins Nachbarland geflüchtet waren – Hugenottenschicksal!

Am Abend zu Hause dämmerte mir indessen die Erkenntnis, dass diese Herkunft mir hoffentlich nicht in unseren Tagen nachträglich noch Schwierigkeiten bereiten könnte. Wenn ich da so an die Pe-, Le-, Ma- oder Sügida-Leute mit ihrer Flüchtlingsphobie denke - und dazu noch einer aus dem Lande des „Erbfeindes“! Wenn die begreifen, dass es schon vor 500 Jahren Flüchtlinge gegeben hat, dann Gnade Gott! Selbst ein gewisser Jesus muss doch schon einst auf der Flucht gewesen sein.

Über 20 000 Hugenotten hatten seinerzeit bei der grausamen Verfolgung auf Veranlassung der Protestantenhasserin und Königinmutter Katharina von Medici ihr Leben verloren. Tausende flüchteten in den Hugenottenkriegen ins Ausland. Der Kurfürst von Brandenburg gab damals vielen von ihnen Asyl. Parallelen der Geschichte?

Nur, was jetzt? Wenn die modernen abendländischen Demagogen auch noch den Flüchtlingen von einst nachstellen? Da dürfte sich wohl auch unser derzeitiger Innenminister mit dem verräterischen französischen Namen de Maiziére warm anziehen. Und auch Frau von der Leyen mit dem niederländischen Einschlag im Namen – na, na, na...Selbst ihr treudeutscher Geburtsname Albrecht dürfte sie da nicht retten. So zieht mit den wöchentlichen Demos auch ein Gewitter über unserer ganzen Regierung herauf, du meine Güte. Wenn dann schließlich auch noch herauskommt, dass die Kanzlerin als Angie an den Händen der Kasnereltern mal in die DDR eingewandert ist, dann ist zu vermuten, dass Pegida bald die Regierung im abendländischen Deutschland übernehmen will. Flüchtlinge haben ja augenscheinlich schon seit Jahrhunderten das ganze Land unterwandert – furchtbar! Da will ich besser nicht auch noch hinzufügen, dass ich mit meiner Familie gegen Kriegsende noch einmal, allerdings von Nazileuten in Goldfasanenuniform, in die Flucht Richtung Westen gejagt wurde. An diese Zeit erinnern sich die weisen Redenschwinger von heute natürlich nicht mehr, oder sie hatten noch nicht einmal das Licht der Welt erblickt.

Allerdings bin ich bei all dem der Meinung, da wären z.B. Hugenotten schon besser als die Pegida-Kommandanten auf den Regierungsbänken – wenn sie auch nicht ein solides Sächsisch mit Dresdener oder Leipziger Akzent sprechen...

– OLD LONG –

Mittwoch, 25. März 2015
19.00 Uhr
im Türmchen des CCS

„Arbeit und bedingungsloses Grundeinkommen“

Referent und Gesprächsleiter:
Danny Krämer, Bachelor of Arts

In einer moderierten Diskussion werden die grundlegenden Begriffe wie Lohnarbeit, Erwerbsarbeit und Zwangsarbeit sowie wichtige Voraussetzungen für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens diskutiert.

Alle Interessentinnen und Interessenten sind herzlich Willkommen!

suhler gesprächs forum alternativ
ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Kulturbaustelle in Suhl öffnet im März ihre Türen

Anfang März ist es soweit. Die Kulturbaustelle öffnet. Hier ist der Name Programm, denn angefangen haben die kulturell interessierten Mitstreiter zwischen 20 und 63 Jahren um Initiator Boris Dittrich mit nichts außer Ideen, aber davon reichlich – und einem neu gegründeten Verein, kubus e. V.: Dementsprechend sieht es aus: da muss schon an der einen oder anderen Stelle noch Hand angelegt werden. Die Ansprüche sind ziemlich hoch: so z. B. an die eigenen Fähigkeiten, mit ganz wenig Möglichkeiten möglichst viel zu erreichen. Gesucht wurden Räumlichkeiten. In Zentrumsnähe sollte es sein. Ziel war, Leerstand in Suhl zu verhindern und Angebote auf die Beine zu stellen, die ein breites Publikum interessieren könnten, die Seniorin genauso wie Studierende, den Musikliebhaber genauso wie die junge Mutti mit Kind, noch dazu ein Angebot, bei dem viele in Suhl die Hände heben und sagen: „Zu teuer!“, „Zu unwirtschaftlich!“ oder „Nicht durchführbar!“. Dass es funktioniert, dafür kämpfen die Menschen der Kulturbaustelle mit den unterschiedlichsten Erfahrungen und Hintergründen, um etwas zu tun für Suhl und die Region. Die Kulturbaustelle soll eben weder eine Jugendeinrichtung noch ein Seniorentreff sein, sondern mehr. Für alle Generationen und vor allem parteienunabhängig: hier können alle auch von- und miteinander lernen.

Mit einem anspruchsvollen Programm starten die Macher. Da stehen im März und April vier Konzerte, zwei Buchlesungen (u. a. mit Landolf Scherzer), ein Film, der gerade erst seine Europapremiere gefeiert hat, und eine Ausstellung, aber auch zwei Workshops auf dem Programm. Daneben besteht auch die Möglichkeit, nur mal so auf einen Kaffee, einen Tee oder einen „Schwatz“ vorbei zu kommen. Die Kulturbaustelle ist gegenüber vom Neuen Rathaus zu finden, direkt an der Bushaltestelle, sein Auto kann man problemlos am Neuen Rathaus abstellen... Und wer mag, der kann sich auch gerne einbringen, denn Mitstreiter und Unterstützer suchen sie für ihre Ziele allemal. Mehr Infos gibt es in den nächsten Ausgaben. Das ausführliche Programm liegt der SAZ bei.

– Boris Dittrich –

Termine März 2015

Mo	02.03.	18.00 Uhr	Suhl bleibt bunt! PROTEST GEGEN SÜGIDA, Waffenschmied
Fr	06.03.	15.00 Uhr	Gründungsveranstaltung des Kulturvereins KUBUS, Fr.-König-Str.
So	08.03.	15.00 Uhr	Frauentagsfeier mit Asylsuchenden, Sozialgebäude des Asylantenheims
Mo	09.03.	14.00 Uhr	Frauentag – Kaffeeklatsch mit Ina, VHS Am Himmelreich 2A
Di	10.03.	17.30 Uhr	Stadtvorstand, Geschäftsstelle
Mi	11.03.	14.00 Uhr	Geburtstagsrunde, Geschäftsstelle
Mi	11.03.	17.00 Uhr	Stadtrat, Oberrathaussaal
Fr	13.03.	09.30 Uhr	Erwerbslosenfrühstück, Geschäftsstelle
Sa	14.03.	10.00 Uhr	Basiskonferenz Weimar, 100 Tage RRG, Weimarhalle
Sa	14.03.	10.00 Uhr	Gedenken an den Sieg gegen Kapp, Altes Rathaus
So	15.03.	10.00 Uhr	Ehrung der Gefallenen im Kapp-Putsch, Zella-Mehlis, Alter Friedhof
Mo	16. 03.	14.30 Uhr	Bürgersprechstunde Ina Leukefeld, Wahlkreisbüro
Mo	16.03.	16.00 Uhr	Koordinierung der April-Termine, WKB
Di	18.03.	19.00 Uhr	Buchlesung: „Thüringen in kleinen Schritten“ mit Nikolaus Huhn (siehe auch Programm Kubus e.V.), Kubus
Do	19.03.	17.00 Uhr	„Antifasch. Widerstand in Suhl und Umgebung“, Rimbachhügel 3
Di	24.03.	17.30 Uhr	Stadtvorstand, Geschäftsstelle
Mi	25.03.	15.00 Uhr	AG Senioren / Seniorencafe
Mi	25.03.	19.00 Uhr	Suhler Gesprächsforum alternativ, Türmchen des CCS
Mi	01.04.	19.00 Uhr	Kino hinter der Fassade „Wer rettet wen?“ (siehe Programm von KUBUS in der Beilage)

Geburtstagskinder willkommen!
Alle Genossinnen, Genossen und Sympathisanten, die im Februar Geburtstag hatten, laden wir herzlich zur Geburtstagsrunde **am 11.03.2015, 14.00 Uhr** in die Rüssenstr. 19 ein.
Auf anregende Gespräche freuen sich **Brigitte und Hella**

Herzliche Glückwünsche an alle Frauen und Mädchen aus Suhl und Umgebung
– Stadtvorstand DIE LINKE.Suhl –

Spruch des Monats: *„DIE LINKE ist und bleibt die erste Adresse für politische Alternativen.“*
(Petra Sitte, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion)